

V-3 Dringender Appell an den Landesvorsitzenden der Berliner CDU: Beenden Sie ihre rechtspopulistische Kampagne zur diskriminierenden Bezahlkarte und zur Abschaffung des Grundrechts auf Asyl in Europa!

Antragsteller*in: Jonathan Philip Aus (KV Berlin-Neukölln)
Tagesordnungspunkt: TOP 5 Weitere Anträge
Status: Zurückgezogen

Antragstext

1 Der amtierende Landesvorsitzende der Berliner CDU und Regierende Bürgermeister
2 von Berlin, Kai Wegner, fürchtet um „*die politische Stabilität unseres Landes*“.
3 Angeblich gefährde die Haltung der Grünen zum Thema Bezahlkarte die
4 „*Handlungsfähigkeit des Staates*“ (Der Tagesspiegel vom 14.03.2024, S. 1). Wegner
5 will Bargeldabhebungen mit der Bezahlkarte begrenzen – und stellt sich damit
6 gegen Integrationssenatorin Kiziltepe von der SPD (Tagesspiegel Checkpoint vom
7 19.03.2024). Wegners Behauptung, dass Geflüchtete in Berlin ohne eine
8 diskriminierende Bezahlkarte abgesenkte Sozialleistungen gemäß
9 Asylbewerberleistungsgesetz an Schlepper*innen weiterreichen würden, ist falsch
10 (vgl. [https://www.diakonie.de/informieren/infothek/2024/februar/faktencheck-
11 bezahlkarte](https://www.diakonie.de/informieren/infothek/2024/februar/faktencheck-bezahlkarte)).

12 Wegners Kampagne für eine diskriminierende Bezahlkarte ist der vorläufig letzte
13 Ausdruck einer faktenbefreiten Mobilisierung, bei der Migration zur „*Mutter
14 aller Probleme*“ (Horst Seehofer) erklärt wird. Wie tief die Union im Themenfeld
15 Flucht & Migration in rechtspopulistisches Fahrwasser geraten ist, lässt sich
16 z.B. an Äußerungen von Friedrich Merz, dem amtierenden Vorsitzenden der CDU
17 Deutschlands und Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, ablesen.
18 So verbreitete Merz letzten Herbst Falschinformationen zur Situation von
19 Geflüchteten in Deutschland: „*Die sitzen beim Arzt und lassen sich die Zähne neu
20 machen, und die deutschen Bürger nebendran kriegen keine Termine*“ (Der
21 Tagesspiegel vom 28.09.2023). International vergleichende Studien belegen: Das
22 Gegenteil trifft zu (Süddeutsche Zeitung vom 24.01.2024, S. 12), zumal
23 Geflüchtete in Deutschland gemäß Asylbewerberleistungsgesetz ohnehin nur im Fall
24 von akuten Schmerzen Anspruch auf medizinische und zahnmedizinische
25 Versorgungsleistungen besitzen.

26 Nun will Wegner also „*auch über Asylverfahren in Drittstaaten sprechen*“
27 (Tagesspiegel Checkpoint vom 19.03.2024). Programmatisch hat sich Wegners CDU
28 bereits auf die Abschaffung des Grundrechts auf Asyl in Europa festgelegt – eine

V-3 Dringender Appell an den Landesvorsitzenden der Berliner CDU: Beenden Sie ihre rechtspopulistische Kampagne zur diskriminierenden Bezahlkarte und zur Abschaffung des Grundrechts auf Asyl in Europa!

29 evident verfassungs- und europarechtswidrige Forderung, mit der sich die
30 Konservativen in der Asylpolitik endgültig auf AfD-Kurs begeben: „Jeder, der in
31 Europa Asyl beantragt, soll in einen sicheren Drittstaat außerhalb der EU
32 gebracht werden und dort ein Verfahren durchlaufen“ (Europawahlprogramm der
33 CDU/CSU vom 11.03.2024, S. 7; vgl. Europawahlprogramm 2024 der AfD, S. 14).

34 Zu Beginn seiner Amtszeit als Regierender Bürgermeister hatte sich Wegner mit
35 rechtspopulistischen Äußerungen auf dem Rücken der Schwächsten noch
36 zurückgehalten. Nun legt Wegner, dessen Weg zur Macht in Berlin von einer
37 rassistischen Namenskampagne geebnet wurde, den Schalter um und stimmt in den
38 Kanon seiner nach unten tretenden Parteifreund*innen ein.

39 Als Landesverband Berlin von Bündnis 90/Die Grünen fordern wir den
40 Landesvorsitzenden der Berliner CDU auf: Beenden Sie ihre rechtspopulistische
41 Kampagne zur diskriminierenden Bezahlkarte und zur Abschaffung des Grundrechts
42 auf Asyl in Europa! Die Übernahme von AfD-Forderungen löst kein einziges
43 Problem, sondern gefährdet den öffentlichen Frieden.

Begründung

Die CDU rückt immer weiter nach rechts. Als Landesverband Berlin von Bündnis 90/Die Grünen müssen wir dem Rechtsruck entgegenwirken und die Stadtgesellschaft mobilisieren, auch und gerade mit Blick auf die Europawahl am 9. Juni 2024.

Dieser Dringlichkeitsantrag wurde vom neuen Sprecher*innen-Team der LAG Migration & Flucht Berlin bestehend aus Birgit Vasiliades, Dr. Jonathan Philip Aus, Betül Gül?en und Basem Said konzipiert, aus Zeitgründen jedoch als individueller Antrag eingereicht.

Unterstützer*innen

Birgit Vasiliades (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Anke Dörsam (KV Berlin-Kreisfrei), Simone Sprengel (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Christoph Lorenz (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Jan Schmid (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte), Christoph Noll (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Anne Speck (KV Berlin-Mitte), Daniel Dressler (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf), Basem Said (KV Berlin-Neukölln), Jonathan Morsch (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Tobias Jahn (KV Berlin-Mitte), Santiago Rodriguez Salgado (LV Grüne Jugend Berlin), Maximilian-Lukas Linke (KV Berlin-Marzahn/Hellersdorf), Hugo Gisi Klement (KV Berlin-Reinickendorf), Johannes Feldker (KV Berlin-Reinickendorf), Carola Scheibe-Köster (KV Berlin-Neukölln), Anne Kammermeier (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Anja Abate (KV Berlin-Kreisfrei), Peter Windsheimer (KV Berlin-Reinickendorf), Thomas Günther (KV Berlin-Neukölln), Janina Müttel (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf), Linda Guzzetti (KV Berlin-Kreisfrei),

V-3 Dringender Appell an den Landesvorsitzenden der Berliner CDU: Beenden Sie ihre rechtspopulistische Kampagne zur diskriminierenden Bezahlkarte und zur Abschaffung des Grundrechts auf Asyl in Europa!

Deniz Yildirim-Caliman (BV Bundesverband), Lela Sisauri (KV Berlin-Mitte), Jan Möbius (KV Berlin-Lichtenberg)